

# Rhein-Hunsrück-Zeitung

vom 14.12.2013

## CDU beklagt Chaos bei Kommunalreform

Landtag | Rot-Grün spricht von unvermeidlichem Strukturwandel - Lewentz zu Zwangsfusionen: Jeden Einzelfall genau geprüft

Von unserem Redakteur  
Dietmar Brück

### ■ Rheinland-Pfalz.

Plötzlich war Helmut Kohl wieder im rheinland-pfälzischen Landtag. Nicht leibhaftig. Aber der Grünen-Fraktionschef Daniel Köbler machte ihn zum vermeintlichen Kronzeugen für den rot-grünen Strukturwandel namens Kommunalreform. Kohl hatte 1972 als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident und CDU-Landeschef zur damaligen Gebietsreform erklärt: „Dieser Zug fährt nur alle paar Jahrzehnte mal durch die Geschichte – wir dürfen ihn nicht verpassen.“ Köbler forderte die CDU nun auf, in den Zug zur Kommunalreform einzusteigen.

Doch die Christdemokraten hatten kein Interesse daran, sich in einen der rot-grünen Waggon zu setzen. „Dieser Zug fährt in die falsche Richtung“, meinte Anke Beilstein (CDU) unter dem starken Beifall der Opposition. Zuvor war Julia Klöckner mit der rheinland-pfälzi-



„Rot-Grün hat Streit in die Gemeinden und Dörfer gebracht.“

CDU-Oppositionsführerin Julia Klöckner attackierte die Umsetzung der Kommunalreform.

schen Kommunalreform scharf ins Gericht gegangen.

„Rot-Grün hat Streit in die Gemeinden und Dörfer gebracht“, kritisierte die christdemokratische Fraktionschefin. „Der Riss geht mitten durch die Räte“, ergänzte sie. „Skandalös“ nannte Klöckner, dass „von den jetzt zu beschließenden acht Zwangsfusionen keine einzige SPD-geführte Kommune betroffen ist“.

Die acht „Hochzeiten“ von kleineren Gemeinden wurden am Ende

### Diese acht Zwangsfusionen wurden im Landtag mit rot-grüner Mehrheit beschlossen

Die Landesregierung hat acht Zwangsfusionen kleinerer Gemeinden durchgesetzt. In etlichen Kommunen hatte es zuvor Proteste, Bürgerentscheide oder Klagedrohungen gegeben. Die neuen Verbandsgemeinden sollen vom 1. Juli 2014 an existieren. Folgende Zwangsfusionen gibt es:

mit rot-grüner Mehrheit vom Mainzer Landtag auf den Weg gebracht. SPD und Grüne lehnten das von der CDU geforderte Moratorium ab. Die Christdemokraten wollten einen Neustart der Kommunalreform, um auch die Kreise einbeziehen zu können.

Grünen-Fraktionschef Köbler bemängelte, dass die CDU zu allen möglichen strittigen Themen ein Moratorium verlangt, selbst aber keine Idee habe, wohin sie eigentlich will. Er empfahl den Christdemokraten: „Wie wäre es mit einem Moratorium für Moratorien?“ Für ihn ist es selbstverständlich, dass eine Kommunalreform nicht konfliktfrei abläuft. Hans Jürgen Noss (SPD) bezweifelte, dass ein Riss

durch die Gemeinden im Land geht. „Davon konnte ich nichts feststellen“, meinte er mit Blick auf viele Gespräche vor Ort. Die Mehrheit steht dem Reformprozess seiner Meinung nach offen gegenüber.

Und Pia Schellhammer (Grüne) versuchte zu erklären, warum Bürgerentscheide an der Basis so schwierig sind. „Hier kann das Ergebnis eines Bürgervotums gegen ein Landesgesetz verstoßen“, erläuterte sie. Diesen „Ebenenkonflikt“ gelte es zu lösen.



„Bis heute liegt kein einziger konstruktiver Vorschlag der CDU vor.“

Minister Roger Lewentz (SPD) wirft den Christdemokraten eine inhaltsleere Oppositionsarbeit vor.

Innenminister Roger Lewentz (SPD) wies die Vorwürfe der Opposition scharf zurück. „Bis heute liegt kein einziger konstruktiver Vorschlag der CDU vor“, monierte er. Zum Stichtag am 30. Juni 2009 lagen seinen Angaben nach 74 Kommunen unter der festgelegten Mindesteinzwohnerzahl. Derzeit sind noch 31 Gemeinden übrig. Mit vier Gebietskörperschaften laufen Gespräche. „Nur

27 Fälle wurden noch nicht konkret angegangen“, erläuterte der Minister.

Die Kommunalreform wurde nötig, weil bei sinkender Bevölkerung Verwaltungsstrukturen gestrafft werden müssen. Rot-Grün will die Neuordnung von Kreisgrenzen erst nach den Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 angehen. Der Grüne Köbler erwies Altkanzler Kohl übrigens auch am Ende seiner Rede die Ehre. Er lobte dessen Konsensbemühungen mit dem Satz: „Helmut Kohl hatte recht.“